



Berlin, 04. Dezember 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Finanzmarktkrise hält die Politik in Atem. Die Bundesregierung insbesondere ist gefordert, den Schaden des Crashes zu reparieren, den hochbezahlte Manager in der Bankenwelt verschuldet haben. Rettungsschirme werden gespannt, Fangnetze installiert, um unüberschaubare negative Auswirkungen für die Volkswirtschaft abzuwenden. Die Notoperationen strapazieren die Haushalte. Das Ziel, die Nettoneuverschuldung auf Null zurückzuführen, ist nicht mehr erreichbar. Die Wirtschaftslobbyisten rufen nach staatlicher Hilfe. Einst glühende Verfechter der Marktwirtschaft besinnen sich plötzlich auf „Vater Staat“. Vielfach sind es die gleichen Protagonisten, die in der Vergangenheit nicht müde wurden, dafür zu kämpfen, dass Unternehmen Sondersteuersätze und steuerliche Vergünstigungen gewährt wurden, so dass sie am besten überhaupt nichts mehr in die öffentlichen Kassen zu zahlen hätten. Wenn die Politik solche Ansinnen nicht erfüllte, halfen sich einige selbst, indem sie Gewinne ins Ausland verlagerten.

In Verlustzeiten soll nun der Staat, den man vorher bewusst finanziell geschwächt hat, die aufgerissenen Löcher stopfen. Erneut ertönt der Ruf nach Steuersenkungen, natürlich wieder zum Vorteil für die Unternehmen. Die Wiedereinführung der eben abgeschafften degressiven AfA sowie Investitionsförderungen gehören zum Forderungskatalog - der Erfindungsreichtum scheint grenzenlos zu sein. Zahlen sollen die Zeche selbstverständlich immer die anderen, nämlich die Arbeitnehmer - und dies doppelt.

Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen werden unverfroren als Allheilmittel in der Krise angepriesen. Ein schlicht ärgerliches Szenario. Und die Politik lässt sich in die Verantwortung ziehen, obwohl sie nicht verantwortlich ist. Die Autoindustrie muss angeblich geschützt und gestärkt werden. Länder und der Bund überbieten sich

gegenseitig mit Hilfsangeboten. Wenn jedoch der kleine Handwerksbetrieb ins Schleudern kommt, zuckt man mit den Schultern.

Befristet soll nun die Kfz-Steuer ausgesetzt werden. Wer in solchen Zeiten ein Auto für 30 oder 40.000 € kauft, wird seine Entscheidung nicht davon abhängig machen, ob er 200 oder 300 € Kfz-Steuer befristet erlassen bekommt. Mit dieser Maßnahme wird schlicht Geld verplempert.

Für Investitionen in den nächsten zwei Jahren soll nach dem Hilfspaket der Bundesregierung wieder eine degressive Abschreibung möglich sein. Eine solche Abschreibung bringt Zinsvorteile – vor allem für langfristige Investitionen. Langfristige Investitionen werden aber sorgfältig geplant und nicht davon abhängig gemacht, ob schnell oder langsam abgeschrieben werden kann. Die zeitliche Steuerersparnis nehmen Betriebe allenfalls gern mit. Sinnvoller wäre, einzelnen Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten, gezielt durch Kapitalhilfen unter die Arme zu greifen.

In dieses Krisenszenario hinein müssen wir unsere Tarifforderungen für 2009 platzieren. Am 8. und 9. Dezember wird die Tarifkommission der dbb tarifunion und der dbb Bundesvorstand über die Forderungen beraten und sie beschließen. Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, Inflationsausgleich und Abbau des Besoldungsrückstandes sind Kriterien, die dabei zu berücksichtigen sind. Die Wünsche und Forderungen der Kolleginnen und Kollegen an der Basis reichen an die 10 Prozent heran. Was immer wir auch beschließen und fordern werden, das Echo der Politik steht schon heute fest: Wir haben kein Geld! Die Forderung ist utopisch! Solche Wünsche sind vom anderen Stern! Derartige Floskeln kennen wir zur Genüge. Unbeeindruckt davon werden wir unsere Forderung finden. Es gilt nach wie vor, die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sichern und den eingetretenen Rückstand wenigstens teilweise abzubauen. Es wird erkennbar eine schwierige Tarifrunde werden. Auf Streik- und Protestmaßnahmen stellen wir uns ein und dabei müssen wir Geschlossenheit und Stärke zeigen.

Auch wenn formal für die Besoldung der Landesbeamten die Landesparlamente zuständig sind, wird das Ergebnis der Tarifrunde der Maßstab sein. In einigen Ländern haben die politisch Verantwortlichen schon heute erklärt, dass sie das Tarifergebnis eins zu eins auf ihre Beamten übertragen wollen. Deshalb müssen wir

in der Tarifrunde alle gemeinsam kämpfen. Nach dem gemeinsam erstrittenen Tarifergebnis bleibt es den Landesgliederungen selbstverständlich unbenommen, im politischen Bereich für die jeweiligen Landesbeamten landesspezifische Regelungen umzusetzen. Ein solches Vorgehen ist auch deshalb geboten, weil die Arbeitszeiten und die Sonderzahlungen in den Ländern unterschiedlich sind. In diesen Fällen muss zusätzlicher Ausgleich geschaffen werden. Ziehen wir uns also warm an! Nicht nur wegen der bevorstehenden Wintermonate.

Das Jahr 2008 geht zu Ende. Für mich ist der Jahreswechsel Anlass, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung, die Hilfe und für die gelebte Solidarität zu bedanken. Wir haben gewerkschaftlich ein gutes Jahr hinter uns und müssen uns gemeinsam anstrengen, dass das Jahr 2009 nicht schlechter wird. Für das bevorstehende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen Ruhe, Erholung, Entspannung, Freude und Glück! Für das neue Jahr 2009 Erfolg, Freude und Gesundheit.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)